

Deutsche Bundesbank

Frankfurt am Main, 25. Januar 2001

Zehnergruppe veröffentlicht Bericht zur Konsolidierung im Finanzsektor

Die Zehnergruppe veröffentlicht heute ihren Bericht über die Konsolidierung im Finanzsektor. Der Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe erstellt, die im September 1999 auf Vorschlag der Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe an ihre Stellvertreter unter dem Vorsitz von Henk Brouwer, Exekutivdirektor der Nederlandsche Bank, eingesetzt wurde, um die möglichen Folgen und Auswirkungen der Konsolidierung im Finanzsektor zu analysieren. Die Bundesbank war in dieser Arbeitsgruppe als Mitglied vertreten.

Die Arbeitsgruppe untersuchte die Entwicklung in dreizehn Ländern. Dabei wurden beträchtliche Fusions- und Übernahmeaktivitäten unter Finanzunternehmen in den Neunzigerjahren, insbesondere in den letzten drei Jahren, sowie eine rückläufige Zahl von Banken in fast allen untersuchten Ländern festgestellt. Maßgeblich für die zunehmende Konsolidierung waren unter anderem Verbesserungen der Informationstechnologie, die Deregulierung im Finanzbereich, die Globalisierung sowie ein verstärkter Druck seitens der Aktionäre, die finanzielle Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Konsolidierung hat die Gründung einer beträchtlichen Anzahl großer und zum Teil zunehmend komplexer Finanzinstitute gefördert. Die Arbeitsgruppe stellte fest, dass die Konsolidierung die betriebliche Effizienz zusammengeschlossener Institute zwar potenziell steigern kann und zum Teil auch gesteigert hat, der generelle Nachweis für Effizienzgewinne jedoch noch nicht in ausreichendem Maße erbracht worden ist. Die Auswirkungen der Konsolidierung auf den Wettbewerb und die Kreditversorgung waren der Untersuchung zufolge von Fall zu Fall unterschiedlich und von der Beschaffenheit der Märkte für die jeweiligen Produkte und Dienstleistungen abhängig.

**Deutsche Bundesbank
Presse und Information
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main**

**Tel. : 069 / 95 66 - 34 55, - 35 11, - 35 12, - 21 57
Fax : 069 / 5 60 10 71, 95 66 - 30 77, 56 87 56
E-Mail: presse-information@bundesbank.de
Internet: <http://www.bundesbank.de>**

Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass die Konsolidierung im Finanzsektor weder die Durchführung noch die Wirksamkeit der Geldpolitik wesentlich beeinflusst hat. Die Studie zeigt aber auch, dass die Zentralbanken wachsam bleiben sollten im Hinblick auf Entwicklungen, die zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der für die Umsetzung der Geldpolitik maßgeblichen Märkte führen könnten.

Der Untersuchung zufolge scheinen die derzeitigen Politiken auszureichen, um die Risiken für einzelne Unternehmen und die Systemrisiken jetzt und auf mittlere Sicht zu begrenzen. Längerfristig gesehen kann die Konsolidierung zu größeren Problemen bei der Abwicklung eines großen und komplexen Finanzinstituts führen. Die Arbeitsgruppe stellte fest, dass die Risiken für einzelne Unternehmen und das Finanzsystem durch eine verstärkte Notfallplanung verringert werden könnten. Entsprechende Bemühungen sind infolgedessen bereits im Gange. Darüber hinaus könnten Initiativen zur Krisenverhütung und Strategien für das Krisenmanagement durch verstärkte Kommunikation und Kooperation unter den offiziellen Stellen verbessert werden.

Der Bericht weist darauf hin, dass die Konsolidierung im Finanzsektor zwar zu einer stärkeren Konzentration der Zahlungs- und Abwicklungsströme auf weniger Teilnehmer geführt hat. Dabei scheint jedoch der Wettbewerb auf den betreffenden Märkten nicht abgenommen zu haben. Andererseits hat die Konsolidierung bei den Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssystemen zu stärkeren Querverbindungen zwischen der Überwachung von Interbank-Zahlungsverkehrssystemen durch die Zentralbanken und der Bankenaufsicht geführt. Dies bedeutet, dass möglicherweise eine verstärkte Kooperation und Kommunikation zwischen der Banken- und Zahlungsverkehrsaufsicht sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene notwendig ist.

Der Bericht beruht auf empirischen und analytischen Untersuchungen einschließlich der Befragung einer Reihe von Teilnehmern aus dem privaten und öffentlichen Bereich. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe führte Roger W. Ferguson, Jr., Vizepräsident des Board of Governors des Federal Reserve System. Die Studie ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Finanzministerien und Zentralbanken der Länder der Zehnergruppe sowie Australiens und Spaniens. Überdies haben Vertreter der

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wertvolle Beiträge geleistet. Der Bericht ist auf den Internetseiten der BIZ (www.bis.org), des IWF (www.imf.org) und der OECD (www.oecd.org) abrufbar.